

Frankenschock: Wie weiter?

Der Schock vom letzten Donnerstag sitzt der Wirtschaft immer noch tief in den Knochen. Innert Minuten hat sich der Franken um 20 Prozent aufgewertet. Darauf konnten sich die Unternehmen fast nicht vorbereiten. Schlagartig entwerteten sich die Lagerbestände und die Schweizer Produzenten wurden im Vergleich zum Ausland ebenfalls um 20 Prozent teurer – mit drastischen Folgen.

Ein Beispiel: Nehmen wir an, ein typischer Industriebetrieb mit knapp 80 Mitarbeitenden und einem Exportanteil von 80 Prozent, der mit seinen Produkten eine Marge von gut fünf Prozent erwirtschaftet. Mit der Aufhebung des Mindestkurses durch die Nationalbank hat das KMU nicht nur die gesamte Marge eingebüsst, es drohen gar massive Verluste. Die Kosten um 15 Prozent zu senken ist eine Herkulesaufgabe. Und selbst dann würde das Unternehmen lediglich eine schwarze Null schreiben.

Diesen Kostenschock muss die Exportwirtschaft zunächst einmal verdauen. Zwar wächst die Weltwirtschaft und der Dollar tendiert aufwärts. Trotzdem stehen vielen Unternehmen nun äusserst harte Zeiten bevor. Wie kann ihnen die Politik in dieser sehr schwierigen Situation helfen? Die Wirtschaft braucht keine Subventionen. Sie braucht gute Rahmenbedingungen. Und hier besteht seitens der Politik seit dem letzten Währungsschock 2011 Nachholbedarf: Die Kosten (Bürokratie, Regulierung, Abgaben) sind weiter gestiegen, anstatt zu sinken. Das rächt sich jetzt.

Die Wirtschaftspolitik ist dreifach gefordert. Erstens soll der Staat die Kosten reduzieren. Abgaben, Gebühren, Steuern müssen wieder sinken, die administrative Belastung abgebaut und der unternehmerische Freiraum erhöht werden. Zweitens gilt es, zusätzliche Kosten zu vermeiden und weitere Abgaben wie die Erhöhung der KEV vorerst zu sistieren. Und drittens hilft es sehr, wenn die Planungsunsicherheit zumindest in der Wirtschaftspolitik möglichst klein gehalten wird. Entsprechend ist die Unternehmenssteuerreform rasch umzusetzen.